Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 26. Sonnabend den 26. Januar 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 27. Januar,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das durch den **Abbruch** einiger Pulverhäuser gewonnene Material an **Bruchsteinen, Mauerziegeln, Holz, Brettern, weichen Pfosten** und einer kleinen Partie **Dachschiefer** soll an Ort und Stelle auf dem Hofraume der bei Probstheida gegenüber dem Hochreservoir der städtischen Wasserleitung gelegenen Pulverhäuser am

31. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr,

gegen sofortige Baarzahlung **versteigert** werden. Die Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gemacht.

Leipzig, am 22. Januar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trümdlin. Eichorius.

Holz-Auction.

Mittwoch, den 6. Februar c., sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage im Forstreviere **Rosenthal** an der sogenannten Leubscher Linie, dicht an der Waldstraßenbrücke

19	Rmtr.	Eichen-	**Nutzscheite,**
153	„	Eichen-	**Brennscheite**
8	„	Buchen-	
10	„	Rüstern-	
2	„	Maßholder-	
3	„	Linden-	
3	„	Weiden-	

und ca. 160 Stück klein gemachte **Stockholzhaufen** unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und **gegen sofortige Baarzahlung** nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Waldstraßenbrücke.

Leipzig, am 23. Januar 1884.

Des Raths Forst-Deputation.

Dienstag, den 29. dies. Mts., von 10 Uhr Vormittags an, werden im Auctionslocale des hiesigen Amtsgerichts folgende **neue Nußbaum- und Eichenholzmöbel, als: neun Vorticaus, drei große Spiegel,** für Salons und Säle passend, **zwei Büffets,** wovon das Eine besonders für einen Restaurateur geeignet sein würde, **zwei Schreibtische, zwei Waschtische mit Wasserleitungseinrichtung, eine Speisetafel und ein Servirtisch** zur Versteigerung gebracht.

Die Möbel stehen im Auctionslocale, Eingang von der kleinen Burggasse, zur Besichtigung bereit.

Leipzig, den 24. Januar 1884.

Vieth, Gerichtsvollzieher.

Post und Rathhaus zu Plagwitz.

Die Glaser- und Tischlerarbeiten für den Neubau des Post- und Rathhauses zu Plagwitz sollen vergeben werden.

Die Bedingungen, Kostenanschläge und Zeichnungen können bei den Architekten Herren Pfister & Händel, Passage Lebig in Leipzig, eingesehen, auch gegen Hinterlegung einer Caution entnommen werden.

Plagwitz, den 24. Januar 1884.

Der Gemeindevorstand zu Plagwitz.
Uhlig.

Nichtamtlicher Theil.

Der montenegrinisch-albanesische Grenzconflict.

* Wir hatten bereits gestern Gelegenheit zu melden, daß der längere Zeit schlummernde montenegrinisch-albanesische Grenzconflict wieder zu erwachen droht. Als noch kürzlich aus Scutari und Cetinje übereinstimmend versichert wurde, die nun schon so lange schwebende Grenzberichtigungs-Frage werde ganz glatt verlaufen, folgte dieser Nachricht vor einigen Tagen die Meldung von der Zurückberufung der mit der Lösung jener Angelegenheit beschäftigten Commission. Man glaubte Anfangs in politischen Kreisen, der strenge Winter in den Bergen Albaniens habe die Commission zur Unterbrechung ihrer Aufgabe veranlaßt; nun liegen aber Berichte vor, welche jener anderen Ursachen als meteorologische zuschreiben. Die Hartnäckigkeit der albanesischen Grenzbewohner, zumal der des Thalbeckens von Gusinje, hat die türkischen und montenegrinischen Commissare bestimmt, ihre Arbeiten einzustellen. Für die übrige Welt konnte es vollständig gleichgiltig sein, ob die schließliche Entscheidung über den thatsächlichen Besitz der wenigen in Frage stehenden Quadratkilometer Landes gegenwärtig oder später erfolgen würde, allein die Angelegenheit hat dennoch eine gewisse Bedeutung. Man darf nämlich keinen Augenblick vergessen, daß der montenegrinisch-albanesische Grenzconflict jedenfalls auch zu den nicht wenigen Verwickelungen zählt, welche im europäischen Orient noch der Lösung harren und durch diese Zusammengehörigkeit in Verbindung mit einem unvorhergesehenen Zwischenfalle plötzlich eine europäische Bedeutung erlangen könnte. Die Geschichte belehrt uns mindestens, daß es an solchen kleinen Ursachen in der großen europäischen Orientfrage wahrlich nicht mangelt. Ueberdies blieben die tumultuarischen Vorgänge in Ober-Albanien selten ohne Rückwirkung auf die Nachbargebiete, und heut genug geht es in den albanesischen Bergen wieder her. Der Pacificationsfeldzug, den die Türken von Scutari aus im Herbste unternommen, ist bereits mit allen seinen angeblich so beruhigenden Folgen vollständig ergebnißlos geblieben, das ganze Land befindet sich in völliger Anarchie, Stamm- und Blutfehden wechseln mit gewöhnlichen Raub- und Mordthaten, ja die Unsicherheit ist so groß, daß Assim Pascha, der Gouverneur zu Scutari, seine Postverbindung mit Konstantinopel nicht mehr auf dem gewöhnlichen Wege, sondern nur über montenegrinisches Gebiet, über Antivari, unterhalten kann, weil er sonst Gefahr läuft, die Postsendungen von den albanesischen Banden angehalten und geraubt zu sehen.

Der Grund der Gährung ist bekanntlich auf die Weigerung der albanesischen Grenzbewohner, sich der in Berlin beschlossenen und von Konstantinopel aus befohlenen Grenzberichtigung zu fügen, zurückzuführen. Die Abneigung der Albanesen, ihr nationales Gebiet zerstückeln zu lassen, hat den Conflict neuerdings verschärft und die albanesische Liga, welche man vor drei Jahren schon niedergewesen wähnte, abermals gekräftigt. Der Pforte fehlte es an Mitteln, vielleicht auch am guten Willen, diesen langen, hartnäckigen Widerstand zu brechen. Seit dem Zuge Hassan Paschas gegen die Bergstämme östlich vom Scutarisee beschränken sich die türkischen Behörden auf die Anwendung unzulänglicher Augenblicksmittel und lassen sonst die Dinge gehen, wie sie wollen. Ob, abgesehen von der Hartnäckigkeit und dem notorischen Widerstandsgeiste der Albanesen, auch noch andere Einflüsse mit im Spiele sind, läßt sich bei den überaus verwickelten Zuständen des Berglandes gar nicht ahnen. Manchmal gewinnt es den Anschein, daß man dieses anarchische Chaos in Konstantinopel gar nicht so ungern sieht, zumal im Hinblicke auf Oesterreich, welches man dadurch von dem Gedanken, Salonichi zu erwerben, abzudrängen glaubt. Dann wird man wieder versucht, an montenegrinische Ränke zu denken, an Schachzüge des schlauen Fürsten, der den Türken am Scutarisee möglichst viele Verlegenheiten bereiten will. Thatsache ist, daß das früher Unglaubliche sich verwirklicht und allerlei geheime Fäden zwischen dem Miriditenlande und den Schwarzen Bergen hin- und herlaufen. Fürst Nicolaus scheint mit seinen Nachbarn im Süden, den alten Erbfeinden, einen Frieden herstellen zu wollen, der, je nach Umständen, selbst innigere Beziehungen als blos nachbarliche möglich machen könnte. Er richtet seine Blicke und Pläne zweifellos auf den Zeitpunct, in welchem die türkische Herrschaft auch in Ober-Albanien völlig beseitigt sein wird, ein Ereigniß, das natürlich der Politik Montenegros nicht gleichgiltig bleiben und dieselbe nicht unvorbereitet finden darf. Von italienischer Agitationen, von denen man früher oft gesprochen, hört man in neuester Zeit nichts mehr, dafür soll aber von Corfu aus, von hellenischer Seite, eine fieberhafte Thätigkeit entwickelt werden, die sich bis in das Miriditenland erstreckt. Die Leichtigkeit, mit der die albanesisch-epirotischen Bevölkerungs-Bruchtheile in dem neu erworbenen hellenischen Gebiete sich den Verhältnissen fügen, hat offenbar die griechischen Zukunftspolitiker wieder mit neuen ehrgeizigen Plänen erfüllt und jenen eine weitere Ausdehnung über ihre Nordwestgrenze nahe gelegt.

Alle diese Dinge haben, wie wir schon im Eingange dieser Betrachtungen bemerkt, vielleicht augenblicklich keine allzugroße Bedeutung, aber man darf dennoch nicht unbeachtet lassen, daß da wieder orientalische Händel vorliegen, in denen schon oftmals ein kleiner Funke einen großen Brand verursacht hat. Ueberdies ist für den Augenblick auch die Thatsache nicht ganz unwichtig, daß eben die montenegrinische Grenzberichtigung wieder ins Stocken gerathen ist und Fürst Nicolaus, wie die jüngsten Telegramme melden, 4000 Mann zu den Waffen gerufen hat, um die Montenegro zugesprochenen Gebietstheile gewaltsam zu besetzen, beziehungsweise die rebellischen Albanesen den Bestimmungen des Berliner Vertrages zu unterwerfen. Solche locale Vorgänge bleiben zwar gewöhnlich ohne weitere ernste Folgen, rufen aber dennoch in mancher Richtung unliebsame Störungen hervor. Zu diplomatischen Schritten, wie sie seiner Zeit gelegentlich der Grenzberichtigung nächst Dulcigno gethan werden mußten, geben sie gegenwärtig kaum mehr Veranlassung; man ist seither im Kreise der europäischen Mächte, auch im Hinblicke auf orientalische Dinge, viel kühler und vertrauensvoller geworden, was zumal dem festgegründeten mitteleuropäischen Friedensbündnisse zu danken ist. Man glaubt nicht mehr wie früher in jedem Flintenschusse, der an irgend einem Puncte des europäischen Ostens abgefeuert wird, das Alarmzeichen zu neuen großen Katastrophen zu vernehmen, ja in einem Zeitpuncte, in welchem man den Ereignissen in Egypten mit verschränkten Armen zusieht, vermögen montenegrinisch-albanesische Grenzkämpfe die Ruhe Europas nicht zu stören. Das schließt aber, wie wir bereits bemerkt, freilich nicht die Vorsicht aus, gewisse Dinge und Vorgänge in dem leicht erregbaren europäischen Osten im Auge zu behalten.

Leipzig, 26. Januar 1884.

* Aus Berlin wird uns vom Donnerstag geschrieben: „Der Kaiser ist durch eine Heiserkeit ans Zimmer gefesselt und ist deshalb der Subscriptionsball vorläufig um acht Tage hinausgeschoben worden. An der heute Abend stattfindenden Cour wird Seine Majestät nicht theilnehmen. Ernste Besorgnisse sind indessen nicht zu hegen; der hohe Herr hat vielmehr pflichtgetreu wie immer die regelmäßigen Vorträge entgegengenommen und die täglichen Regierungsgeschäfte prompt erledigt. Bekanntlich leidet der Kaiser seit einigen Jahren häufig an Heiserkeit; zumal bei solchem unbeständigen Wetter, wie es in diesem Jahre der Winter mit sich bringt, ist es erklärlich, daß dieses Leiden öfter wiederkehrt. Der Monarch ist aber, wie gesagt, nicht an das Bett gefesselt. Die heutige Cour findet im königlichen Schlosse statt, in besonders hohen und großen Räumen, welche meist schwer heizbar sind. Diese Cour ist auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers nicht abgesagt worden, und werden heute die Damen und Herren, welche neu einzuführen sind, der Kaiserin vorgestellt werden. Unter jenen befindet sich auch Fräulein von Bötticher."

* Ueber die Berathungen des Admiralitätsrathes wird der Münchener „Allgemeinen Zeitung" geschrieben: „Es handelt sich u. A. um die wichtige Principienfrage, ob in Zukunft für die deutsche Kriegsflotte noch gepanzerte Fregatten und Corvetten gebaut und auch die älteren und abgängig gewordenen derartigen Fahrzeuge, wie „Friedrich Carl" und „Kronprinz", durch neue Panzerfregatten ersetzt werden sollen, oder ob man von dem Bau von Panzerschiffen in Zukunft gänzlich abgehen und statt derselben lediglich Torpedos erbauen und ausrüsten soll. Daß die Torpedos eine immer größere Bedeutung gewinnen und bei allen Seekriegen der Zukunft von der eingreifendsten Wichtigkeit sein werden, darüber sind alle urtheilsberechtigten Seeleute sowohl der deutschen als jeder anderen Kriegsflotte vollständig einig. Im Uebrigen sollen aber die Ansichten der jetzt versammelten deutschen Admirale etwas auseinandergehen. Einige derselben glauben, daß, so lange in der englischen, französischen, russischen, italienischen, österreichischen, ja fast jeder anderen großen europäischen Kriegsflotte, die Zahl der bisherigen schweren Panzerschiffe nicht allein beibehalten, sondern sogar noch alljährlich vermehrt wird, auch die ohnehin kleine deutsche Flotte hiervon nicht ganz abweichen darf, und für die nächste Zeit wenigstens die bisherigen sieben großen schweren Panzerfregatten und fünf Panzercorvetten nicht verringern, sondern ungeschwächt beibehalten und die alten unbrauchbaren derartigen Fahrzeuge durch neue von verbesserter Construction ersetzen müsse."

* Auch auf das neuste Zugeständniß, die Rückberufung des Bischofs von Münster, weiß das leitende Blatt des Centrums nur wieder mit der Forderung zu antworten, daß nunmehr auch Köln und Posen ihre früheren Bischöfe wieder erhalten müßten. Und das, nachdem der Cultusminister soeben auf das Bestimmteste erklärt hat, daß die preußische Regierung niemals in die Begnadigung der beiden abgesetzten Erzbischöfe willigen werde. Jede neue Nachgiebigkeit des Staats erzeugt auf klerikaler Seite neue und gesteigerte Ansprüche. Gerade in dieser Personenfrage konnte die Curie unbeschadet irgend eines Princips nachgeben. Allein die Ultramontanen wollen eben keinen Frieden, wenn er nicht in der vollsten Demüthigung und Unterwerfung des Gegners besteht.

* Die Fortschrittspartei läßt wieder den Klingelbeutel herumgehen. Der in Frankfurt a. M. erscheinende „Deutsche Volksfreund" ist in der Lage, folgendes von dem „Vorstande der deutschen Fortschrittspartei" aus Berlin erlassene „vertrauliche" Circular zu veröffentlichen:

Vertraulich. Berlin, im Winter 1883/84.

Hochgeehrter Herr!

Die i. J. 1884 wiederkehrenden Reichstagswahlen sind für unser Vaterland von weittragender Bedeutung. Dem günstigen Ausfall der Reichstagswahlen von 1881 ist es zu danken, daß seitdem wenigstens der fortgesetzten Steigerung der Steuerlast, der Vermehrung der Zölle und Verbrauchssteuern, dem Versuch zur Einführung des Tabaksmonopols Einhalt geboten werden konnte. Aber die Mehrheit im Reichstage war manchen Vorlagen gegenüber nur knapp und unsicher. Eine Reihe von Gesetzentwürfen hat vor ungerechtfertigten Polizeibeschränkungen durch die neue Gewerbenovelle nicht bewahrt bleiben können.

Je mehr sich die Reaction bewußt ist, daß ihre Tage gezählt sind, desto verzweifeltere Anstrengungen wird sie bei den nächsten Reichstagswahlen machen, um die nächste Legislaturperiode noch rechtzeitig für ihre Pläne ausnutzen zu können. Der Handel und das Bankgeschäft werden in jeder Weise angefeindet und sind sowohl durch Erhöhung der Stempelsteuer wie durch zweckwidrige Bestimmungen in Bezug auf das Actienwesen bedroht. Verstaatlichungsprojecte beunruhigen jetzt auch das Versicherungswesen. Die Staatsmacht soll nach jeder Richtung hin auf Kosten der Privatthätigkeit und der freien Bewegung im Wirthschaftsleben verstärkt, der Einfluß der Volksvertretung dagegen, wie die fortgesetzten Versuche zur Einschränkung des Geldbewilligungsrechtes darthun, geschwächt und vermindert werden.

Nicht minder beklagenswerth sind die Zustände auf anderen Gebieten. Die Freiheit und Gleichberechtigung aller Confessionen wird fortdauernd bedroht durch das Vordringen herrschsüchtiger und unduldsamer Richtungen und deren immer erneut auftretende Versuche, das Bürgerthum durch Aufstachelung zum Religionshaß zu spalten.

Sollen die Reichswahlen trotz Beeinflussungen der verschiedensten Art im Stande sein, allen diesen Bestrebungen sicherer noch als bisher einen unüberschreitlichen Damm entgegenzusetzen, so ist eine planmäßige, sorgsame Vorbereitung der Reichstagswahlen mehr noch als früher erforderlich. Für die Reaction kommen in großem Umfang auch andere als gewöhnliche private Kräfte und Mittel zur Anwendung. Andererseits rüstet sich die Socialistenpartei wieder mit Macht und zwingt das freisinnige Bürgerthum in vielen Wahlkreisen, nach zwei Seiten hin Front zu machen.

Um unter so erschwerten Umständen das liberale Interesse wirksam zu vertheidigen und die Zahl unserer Vertreter im Reichstage möglichst zu vermehren, sind, wie 1881, große und verschiedenartige Aufwendungen an Geldmitteln unerläßlich. Wie der 1882 durch die „Parlamentarische Correspondenz" veröffentlichte Rechenschaftsbericht nachweist, haben der Centralcasse der Fortschrittspartei für die Reichstagswahlen pro 1881 im Ganzen über 200,000 ℳ zur Verfügung gestanden. Hiervon sind 1881 87,000 ℳ zu Beiunterstützungen für 64 einzelne Reichswahlkreise verwandt worden. Ein Betrag von 50,000 ℳ wurde ausgeschieden, um dem nachtheiligen Einfluß der Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten auf die Gewinnung der geeignetsten Candidaten einigermaßen zu steuern und den entfernt von Berlin wohnenden Candidaten vor der Wahl einen mäßigen Zuschuß zu den Aufenthaltskosten in Berlin während der Dauer der Legislaturperiode zusichern zu können. Außerdem haben die Reisekosten für Vorträge, die Verbreitung von Broschüren und Flugblättern, die Unterhaltung eines Centralbureaus während der Wahlzeit und die Zuschüsse zu den Kosten der im Laufe der Legislaturperiode stattgefundenen Ersatzwahlen große Summen erfordert.

Die Aufbringung entsprechender Summen für die Reichswahlen kann nicht erst kurz vor der Wahl erfolgen, sondern muß schon jetzt bewirkt werden, damit rechtzeitig die geeignetsten Dispositionen getroffen werden können.

Wir wenden uns zu diesem Zweck zunächst nicht an die Oeffentlichkeit, sondern privatim und vertraulich an einzelne uns bekannte wohlhabendere Männer, welche zu unserer Partei gehören oder doch in entscheidenden Puncten die Bestrebungen der Partei theilen und an ihrem Wahlerfolge Interesse haben. In einzelnen großen Städten und Wahlkreisen haben besondere Comités die Einsammlung von Beiträgen übernommen. Wo keines eines solchen Comités Ihnen nicht besondere Mittheilung gemacht wird, bitten wir, einen gefälligen Beitrag zur Bildung des obengedachten Centralwahlfonds an den mitunterzeichneten Reichstagsabgeordneten Eugen Richter, Berlin SW., Tempelhofer Ufer 12, zu übersenden. Quittung wird seinerseits durch die „Parlamentarische Correspondenz" (nach Wunsch auch unter Chiffre) erfolgen, und wird ebendaselbst auch nach den Wahlen über die Verwendung der eingegangenen Beiträge Rechnung gelegt werden.

Hugo Hermes, Mitglied des Reichs- und Landtages. Ludwig Löwe, Mitglied des Reichs- und Landtages. Eugen Richter, Mitglied des Reichs- und Landtages, SW. Tempelhofer Ufer 12. Dr. Langerhans, Mitglied des Reichs- und Landtages. Parisius, Mitglied des Reichs- und Landtages. Dr. Strohmann, Landtagsabgeordneter.

* Schon mehrfach ist in den Zeitungen, beispielsweise auch im „Leipziger Tageblatt", in umfangreichen Artikeln wie auch in kleineren Mittheilungen auf die Thatsache hingewiesen worden, daß das polnische Nationalgefühl in den breiten Schichten der polnischen Bevölkerung Posens und Westpreußens seit 1848, besonders aber seit dem Jahre 1870 in mächtigem Anwachsen und Erstarken begriffen ist. Die Klagen polnischer Blätter über das Zurückweichen der polnischen Sprache sind längst verstummt, und wenn man auch nicht die für uns Deutsche so schmerzliche Thatsache eingestehen will, daß Zehntausende deutscher Stammesgenossen in Posen und Westpreußen in den letzten 25 Jahren vollständig polonisirt worden sind, so fangen doch einzelne polnische Blätter an, mit hoher Befriedigung über das allerwärts hervortretende Lebendigwerden des polnischen Stammesbewußtseins zu berichten. So schreibt neuerdings der „Orędownik": Im letzten Decennium hätten die mittleren polnischen Schichten, und zwar in den Städten wie auf dem flachen Lande, in politischer und nationaler Beziehung bedeutende Fortschritte gemacht; die Situation, in der diese Schichten sich vor zehn Jahren befanden, unterscheide sich sehr bedeutend von ihrer jetzigen Lage. Damals hätten sie von der Bedeutung der politischen Wahlen kaum einen Begriff gehabt und nicht eingesehen, daß es sich bei denselben um die Ausübung eines wichtigen bürgerlichen Rechts, um die Vertheidigung der eigenen Lebensinteressen handle. In den Städten habe man sich wenig mit den Communalwahlen befaßt, die Schule interessirte damals Niemand, und die heutzutage herrschende politische Agitation sei damals unbekannt gewesen. Heute dagegen sehe es ganz anders aus; wie sich der polnische Mittelstand in politischer Beziehung entwickelt habe, das bewiesen am besten die polnischen Volkszeitschriften: vor zehn Jahren gab es in Posen nur zwei derartige Zeitungen, gegenwärtig beträgt die Zahl derselben sechs, und alle haben so viel Leser, daß sie bestehen können. Damals gab es nur wenige im Mittelstande, welche sich für ihr eigenes Geld Bücher kauften; es wurden damals von Geistlichen und Adeligen Parochialbibliotheken angelegt; heute kauft sich der polnische Mittelstand selbst zu Hunderten, sogar zu Tausenden Bücher. Es erscheinen in Preußen jetzt 8 bis 10 polnische Kalender, und sie alle finden Absatz, während davon vor zehn Jahren noch wenig die Rede war. Frage man, was diesen Fortschritt herbeigeführt habe, so müsse man zugestehen, daß der Culturkampf dies Alles bewirkt habe. Durch denselben sei das Volk aus der nationalen Einschläferung erweckt und auf Bahnen geführt worden, auf denen es fühle, daß es nicht nur katholisch, sondern auch polnisch ist; es habe auf diesen Bahnen gelernt, aus eigenen Kräften an der Erhaltung seiner polnischen Nationalität zu arbeiten. Der Nutzen, den der Culturkampf gebracht, bestehe in der Erweckung des nationalen Geistes im polnischen Volke. Wenn dieser Nutzen aber nicht wieder verloren gehen solle, so werde das polnische Volk andauernd weiter arbeiten müssen an der Errettung und Erhaltung seiner Nationalität.

* Die bayerische Abgeordnetenkammer erledigte am Donnerstag den Justizetat größtentheils nach den Anträgen des Ausschusses und begann die Berathung des Antrages Walter betreffs Abänderung resp. Aufhebung des Notariatsgesetzes. Der Justizminister trat dem Antrage in längerer Rede sehr entschieden entgegen, legte die Zweckwidrigkeit und Unausführbarkeit desselben dar und sagte, auf solchem Flugsande von Motivirung könne die Regierung den verlangten Gesetzentwurf nicht aufbauen. Man möge sich in Bayern endlich abgewöhnen, von einem Princip zum andern zu taumeln. Er erklärte schließlich, daß er nicht in der Lage sei, die Krone im Sinne des Antrags zu berathen, und wünschte, daß ein gutes Geschick die bayerische Rechtspflege auch fernerhin vor solchen Rückschritten bewahren möge.

* * *

* Vor einiger Zeit wurde aus Wien gemeldet, das Ministerium Taaffe beabsichtige, gegen den Deutschen Schulverein vorzugehen und namentlich gegen alle Beamte, die Mitglieder dieses Vereins, die Disciplinar-Untersuchung zu verhängen. Damit hat nun der Justizminister, Dr. Prazak (Czeche), thatsächlich den Anfang gemacht. Er hat mehrere Gerichtsbeamte in der Südsteiermark von ihrer Thätigkeit enthoben und in Untersuchung ziehen lassen, weil sie sich in „hervorragender Weise" an dem Deutschen Schulverein betheiligt haben. Zumal ist der Justizminister gegen den Gerichtsadjuncten Rothschädel in dem steirischen Bezirk St. Marein sehr scharf vorgegangen, der, weil er dort den Vorsitz über die Ortsgruppe des Deutschen Schulvereins übernommen und Reden gehalten, wahrscheinlich aus dem Richterstande ausgeschieden werden dürfte. Auf die Interpellation, die in dieser Angelegenheit der steiermärkische Abgeordnete Rechbauer im Reichsrathe an den Justizminister richtete, gab dieser die Maßregelung jener Gerichtsbeamten nicht allein zu, sondern erklärte auch überdies unter dem Beifall der slavischen Mehrheit des Abgeordnetenhauses, daß es gegen jeden Gerichtsbeamten unnachsichtlich einschreiten werde, der es wagen sollte, an den „regierungsfeindlichen, agitatorischen Umtrieben" des Deutschen Schulvereins Theil zu nehmen. (Der Justizminister erklärte noch, daß er gerade besonders scharf gegen den Gerichtsadjuncten Rothschädel vorgehen mußte, weil dieser, „das einfachste Rechtsgefühl mißachtend", in dem Gerichtsbezirk St. Marein, das, wie amtlich erwiesen, von 18,000 Slaven und nur 45 deutschen Einwanderern bewohnt wird, sich so weit vergaß, sich an die Spitze einer gegen die Bevölkerung gerichteten feindseligen Agitation zu stellen.) — Die Rechte des Abgeordnetenhauses nahm diese Erklärung des Ministers mit „Hört! hört!" und minutenlangem Beifall auf.

* Aus Jassy liegt, wie der „Pest" aus Wien berichtet wird, die Meldung vor, daß der dortige österreichische Generalconsul Schick auf dem dort tagenden wirthschaftlichen Congresse insultirt wurde. Derselbe war, einer Einladung des Vorstandes folgend, mit seinem Secretair in der Versammlung jenes Congresses erschienen, allein kaum hatte er den Sitzungssaal betreten, begann die Versammlung zu johlen, zu pfeifen und zu stampfen, und Rufe: „Hinaus mit den Deutschen!" wurden laut. Mit dem Generalconsul, welcher entrüstet den Saal verließ, entfernten sich auch zahlreiche Mitglieder des Congresses. Der Secretair wurde nachträglich noch insultirt. Der Präsident des Congresses und der Polizeipräfect verfügten sich sofort zum Generalconsul, um denselben um Entschuldigung zu bitten.

* Die russische Botschaft bei der Pforte besteht bei letzterer auf Baarzahlung der auf etwa zwei Drittel des Gesammtbetrages sich erstreckenden Rückstände auf die Kriegsentschädigungs-Rate pro 1883 im Betrage von 350,000 Pfund. Auf Drängen des Conseils der Bondsholder verlangt die Pforte ihrerseits von Ostrumelien die Regelung der Tributrückstände. Ostrumelien will aber behufs Reducirung des Betrages erst mit dem Conseil unterhandeln.

* Nach einer Meldung aus Konstantinopel besteht der Conflict zwischen dem Patriarchate und der Pforte noch fort. Immer noch sind Edhem Pascha und Assim Pascha im Ministerrathe die Einzigen, die dem Sultan Nachgiebigkeit und Schonung der Privilegien der orthodoxen Kirche empfehlen, während die übrigen Minister mehr oder minder

SLUB
Wir führen Wissen.